

Bilanz**Thüringen
voranbringen**

»Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch«, das haben DIE LINKE, SPD und Grüne 2014 in ihrem Koalitionsvertrag für die neue Thüringer Landesregierung versprochen. Vieles aus dem Vertrag wurde bereits umgesetzt, einige ist auf dem Weg. Rot-Rot-Grün hat in den ersten dreieinhalb Jahren der Regierung eine Reihe von Erfolgen vorzuweisen. Einige Beispiele:

- Beitragsfreies Kita-Jahr für alle Kinder eingeführt
- Deutlich mehr Neueinstellungen von Lehrer*innen als zuvor
- Massive Investitionen in den sozialen Wohnungsbau
- Deutlich mehr Geld für Neubau und -sanierung von Schulen
- Hunderte Jobs für Langzeiterwerbslose geschaffen
- Deutlich mehr Geld für Sport und Sport-Anlagen
- Niedrigste Arbeitslosigkeit seit 1991
- Lobby-Einfluss eingeschränkt
- Mehr direkte Demokratie auf kommunaler Ebene
- Schuldenberg verringert, den die CDU dem Land hinterlassen hat
- Azubi-Ticket auf den Weg gebracht
- Bildungsurlaub für Beschäftigte eingeführt
- Humane Flüchtlingspolitik
- Geheimdienst-Kontrolle gestärkt und Befugnisse eingeschränkt
- Verbot von Massenentlassungen zum Thema gemacht
- Mehr Erzieher*innen in den Kitas
- Bessere Finanzierung der Kommunen plus 100 Millionen Investitions-Paket
- Förderung von Genossenschaftsbetrieben
- Erhalt aller Thüringer Krankenhäuser
- Klimaschutz-Gesetz und Förderung erneuerbarer Energie
- Bürgerschaft für Milchbauern in der Milch-Krise
- Mehr Sicherheit: Stellenabbau bei der Polizei gestoppt, bessere Ausrüstung für die Beamten und Polizisten-Ausbildung erhöht
- Vergabe-Gesetz mit besserem Mindestlohn
- Erfolgreich für die »Ehe für alle« gekämpft
- Kennzeichnungspflicht für Polizei und Polizei-Beschwerdestelle
- Freiwillige Gemeindefusion für bessere Verwaltungsstrukturen
- Mehr Geld für die Thüringer Hochschulen und mehr Mitbestimmung
- Straßenausbau-Beiträge neu geregelt
- Maßnahmenplan gegen Armut
- Theater und Kultur besser ausgestattet

Mehr Informationen: www.die-linke-thl.de und www.halbzeitbilanz-thue-tingen.de

Für einen sozialen Schutzschirm

LINKE : Ministerpräsident Bodo Ramelow und Thüringens Fraktions-Chefin Susanne Hennig-Wellsow im Gespräch

Seit 2014 regieren in Thüringen DIE LINKE, SPD und Grüne. Mit Bodo Ramelow hat der Freistaat Deutschlands ersten linken Ministerpräsidenten. Vieles wurde bereits erreicht, zum Beispiel ein beitragsfreies Kita-Jahr, mehr Neueinstellungen von Lehrern, massive Investitionen in sozialen Wohnungsbau und Schulen, geförderte Jobs für Langzeiterwerbslose... Wie soll sich Thüringen nun weiterentwickeln? Wie schaffen wir gute Arbeit und endlich gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West? Darüber sprach die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Susanne Hennig-Wellsow, mit Ministerpräsident Bodo Ramelow.

Hennig-Wellsow: Bodo, du warst grade in London und hast dich mit Prinz Charles getroffen? Was war der Grund für das Treffen? Und wie war es?

Ramelow: Das war alles sehr royal. Man musste sogar das Handy abgeben - ein Selfie mit Prinz Charles ging also nicht. Aber es war erfolgreich. Gemeinsam mit Stadträten und dem Bürgermeister von Treffurt konnten wir ein thüringisch-hessisches Projekt zur Rettung des »Hessischen Hofes« in Treffurt vorstellen. Wir haben Prinz Charles als Unterstützer gewonnen - das freut mich! Er betreibt mit jungen Leuten in Schottland in einer ehemaligen Bergbauregion mit viel Arbeitslosigkeit ein ähnliches Projekt. Handwerker aus Großbritannien und aus Thüringen werden sich hoffentlich bald in Treffurt das alte Herrschaftshaus vornehmen. Und ich habe Prinz Charles eingeladen, 2019 nach Thüringen zu kommen und ihm erklärt, dass ein linker Ministerpräsident kein Schreckgespenst ist.

Hennig-Wellsow: Thüringen steht heute so gut da, wie nie - auch weil die Landesregierung ausgetretene Pfade verlassen hat. Die Zahl der Erwerbslosen ist auf dem niedrigsten Stand seit 1991 und sinkt weiter, die Wirtschaft wächst. Eine Erfolgsgeschichte, oder?



foto: © Linksfraktion Thüringen

Ramelow: Thüringen ist 1990 aus der größten De-Industrialisierung gestartet, die im Osten stattgefunden hat. Es war ein schwerer Fehler, dass die Kernkompetenz der Thüringer Industrie verlorengegangen ist. Besonders schmerzlich war der Verlust des Kaliwerks Bischofferode. Aus der De-Industrialisierung ist aber mittlerweile eine Re-Industrialisierung geworden: Auf 1.000 Einwohner haben wir die vierthöchste Zahl an Industriearbeitsplätzen in Deutschland. Auf 1.000 Einwohner haben wir die höchste Zahl an kleinen und mittelständischen Betrieben und in Jena haben wir auf 1.000 Einwohner die höchste Zahl an Forschern. Aber ein Teil der Bevölkerung ist aus dem

Blick geraten. Denn der Erfolg wurde auch über Billiglohn erkaufte - ein schwerer Fehler. Jetzt korrigieren wir das. Niedriglohn darf keine Einladung für Investoren sein, sondern die Qualität der Arbeit

- und die braucht ordentliche Bezahlung. Ein Teil der Bevölkerung wurde aus der Erwerbstätigkeit rausgedrängt, deswegen müssen wir uns um Langzeitarbeitslose kümmern. Unsere Arbeitsministerin Heike Werner macht das unter anderem mit der Weiterentwicklung der Arbeitsmarktförderung zu gemeinwohlorientierter Tätigkeit großartig. Statt Arbeitslosigkeit wollen wir Arbeit finanzieren.

Hennig-Wellsow: Was ich an unserer Regierung schätze, ist die klare

Haltung für die Beschäftigten. Auch du hast dich ja massiv in die jüngsten Arbeitskämpfe eingebracht, bei Siemens und Opel. Ist es für dich wichtig, die Interessen der Arbeitnehmer in den Mittelpunkt zu stellen?

Ramelow: Soziale Marktwirtschaft kann nur funktionieren, wenn diejenigen, die den Schutzschirm des Sozialen brauchen, im Vordergrund stehen. Tarifkämpfe sind auch Kämpfe der Umverteilung - und die muss man führen. Es wird nicht jedem Arbeitgeber gefallen, dass ich das so klar sage. Aber man respektiert mich, weil ich auch mit jedem Arbeitgeber um seine Produktion kämpfe - wenn er denn um seine Produktion kämpfen möchte und uns nicht nur als verlängerte Werkbank benutzt. Ein Problem ist, dass wir in Thüringen zu wenig Großbetriebe haben, die hier Steuern zahlen. Weltweit agierende Unternehmen kommen hierher und nehmen alles in Anspruch, was ihnen der Staat bietet: Gut ausgebildete Leute und einen Rechtsstaat. Aber im Gegenzug sind sie nicht bereit, außer der Lohn- und Einkommensteuer, die die Arbeitnehmer zahlen, etwas beizutragen. Die Krönung ist so ein Unternehmen wie Amazon, das in Hessen in Bad Hersfeld sitzt. Ein Drittel der Beschäftigten kommt aus Thüringen, das Unternehmen zahlt aber keinen Cent. Ich nenne das Sozialschmarotzer!

Ich bin aber nicht der Gewerkschaftssekretär als Ministerpräsident, ich denke auch die Unternehmen mit. Denn es gibt hier eine Besonderheit: Die kleinen und mittel-